



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/227 - 2. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 888 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kampf für und gegen die Lohnwertrente	S. 1
Das österreichische Bundesheer im Aufbau	S. 3
"Ministergesetz"-Entwurf wird beraten	S. 6
Hie Adenauer - hie Erhard	S. 8

Rentenreform noch einmal Stückwerk?

von Prof. Dr. Ludwig Proller, MdB.

Der Kampf um die Rente der Zukunft tritt in ein entscheidendes Stadium. Nachdem der Sozialpolitische Ausschuss des Bundestages die grundsätzliche Aussprache über die Hauptpunkte der beiden vorliegenden Gesetz-Entwürfe - SPD-Entwurf und Regierungsentwurf - in einer ersten Lesung durchgeführt hat, wird es in der nun folgenden 2. Lesung im Ausschuss um die Abstimmungen zu jedem Paragraphen gehen. Im Oktober werden demnach die ersten Hauptentscheidungen fallen.

Dass man heute noch nichts Gewisses über ihren Ausgang sagen kann, liegt an der Uneinigkeit im Lager der Regierungsparteien. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der CDU-Mitglieder des Ausschusses will ganz offenbar ein Gesetz, das wirkliche Fortschritte bringt. Diese Abgeordneten sind sichtbar betroffen von der Feststellung der Sachverständigen, dass etwa 2 1/2 Millionen Rentner keine oder nur eine ganz geringe Erhöhung ihrer heutigen Rente erhalten würden, wenn der Regierungsentwurf Gesetz würde. Von diesen Abgeordneten wird deshalb erwogen, ob sie nicht dem Vorschlag des SPD-Entwurfs folgen sollten, der die Altersrente mindestens von einem Einkommen von 200 DM monatlich berechnet und damit verbietet, dass der erweiterte Fürsorgesatz unterschritten wird. Auch die Mindestrenten würden danach Beträge zwischen monatlich 160 bis 180 DM erreichen.

Aber der Kernpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Regie-

rungsparteien geht um die laufende Anpassung der festgesetzten Renten an den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten. Gegen diese sog. "Lohnwertrente" - bisher sagte man "dynamische" oder "Produktivitätsrente", worunter sich niemand etwas Rechtes vorstellen konnte -, gegen diese Anpassung an den jeweiligen Lohnwert richtet sich der Ansturm der Interessenten. Anführer ist die "Gemeinschaft zum Schutze der Sparer" die hinter diesem schönen Namen massive Interessen der Sparinstitute, der Privatversicherung u.ä. verbirgt. Leider hat sich der Präsident der Bank deutscher Länder, Geheimrat Vocke, in seiner Vernehmung als Sachverständiger ganz ähnlicher Argumente bedient.

Angeklagt wird die Lohnwertrente: sie führe zu inflationistischen Tendenzen. Gemeint aber ist etwas ganz anderes. Nämlich einmal die Lohnbildung durch die Tarifpartner. Wenn, so meint man, mit der Lohnbildung zugleich über eine etwaige Steigerung der Renten entschieden werde, müsste man diese Lohnbildung kontrollieren - schaut auch erneut der von der Regierung verworfene "Sozialversicherungsbeirat" auf, der dazu benutzt werden könnte! Also: die Löhne unter die Kontrolle des Staates! Und zweitens sei der Kapitalmarkt gefährdet, weil die bisherige - in zwei Kriegen und zwei Inflationen als unsinnig erwiesene - Kapitalbildung bei den Rentenversicherungsträgern aufgegeben werden solle. Ohne Kapitalbildung seien aber die Investitionen gefährdet, es werde weniger produziert, obwohl durch erhöhte Renten mehr Kaufkraft geschaffen werde - schon sei die Inflation da!

Das klingt sogar leidlich plausibel. Aber abgesehen davon, dass schliesslich die Beitragszahler der Rentenversicherung nicht in erster Linie ihre Beiträge für den Kapitalmarkt und die betrieblichen Investitionen zahlen, hat gerade Geheimrat Vocke eine interessante Feststellung getroffen. Die inflationistische Gefahr ergebe sich nämlich vor allem aus der Häufung der Kaufkraftvermehrung. Nicht nur die Erhöhung der Renten, auch die Steuerermässigung - und die Finanzierung der Wehrmacht drückten auf den Markt; das sei die grosse Gefahr für die Währung.

Damit ist die Sache ganz klar ausgesprochen. Es ist gar nicht die Erhöhung der Rentenausgaben, es ist ihr Zusammenfallen mit Steuerermässigung und Verteidigungslasten, was inflationistisch wirken kann. Die politische Konsequenz liegt auf der Hand: gehen die Rentner mit ihren Ansprüchen vor, oder die Wehrmacht oder die Leute, die von einer

Steuermässigung profitieren? Da muss sich die Regierungskoalition entscheiden! Wir Sozialdemokraten wissen, dass man endlich die Rentner daran sind, vom "Wirtschaftswunder" etwas zu haben!

Um dies alles zu verhindern, überlegt man sich im Lager der Regierungsparteien, ob man nicht auf das ganze Rentengesetz verzichten und nur den Rentnern einmalig erneut eine Rentenerhöhung geben sollte, ohne endgültige Lösung des Problems, ohne Lohnwertrente. Dann aber würde sich das ganze Elend der Rentner in spätestens einem Jahre wiederholen! Aus der Deutschen Partei kamen schon ganz deutliche Vorstöße in dieser Richtung; die mit ihr jetzt in Fraktionsgemeinschaft befindliche Splittengruppe der Demokraten, die sog. "Freie Volkspartei", neigt zu ähnlichen Experimenten. Aber auch der Unternehmerflügel der CDU sähe darin einen Ausweg aus einer für die CDU fatalen Situation.

Es gilt also, den Arbeitnehmerflügel der CDU, der vorläufig noch an einem fortschrittlichen Rentengesetz festhält, den Rücken zu stärken. Das ist Sache auch der Rentner selbst und ihrer Organisationen. Wird der Arbeitnehmerflügel der CDU von deren Arbeitgebergruppe sowie von DP und FVP überstimmt, so gibt es wieder nur Stückwerk statt einer wahrhaftigen Rentenreform. Das aber dürften die Rentner nicht ein erneutes Mal vertragen. Die Enttäuschung wäre zu gross und sie müsste sich politisch entladen. Die SPD wird daher an der Konzeption ihrer Gesetzesvorlage festhalten, die allgemein als klar und folgerichtig bezeichnet wird. Sie ^{ist} überzeugt, damit der Sache der Rentner am besten zu dienen.

* * *

Die ersten Einberufungen

K.F., Wien

In diesen Tagen bildet in zahlreichen österreichischen Familien ein einfaches hektographiertes Schreiben den wichtigsten Gesprächsstoff. Es ist der Einberufungsbefehl für die Wehrpflichtigen des Jahrganges 1937, den die Ergänzungskommandos nunmehr ausgesandt haben. "Sie werden aufgefordert...", so heisst es darin in dem üblichen befehlshaberischen Amtston, und um die jungen Männer auf den Ernst der Angelegenheit aufmerksam zu machen, sind auf den Stellungsbefehl auch gleich alle gesetzlichen Sanktionen für den Fall, dass man der Einberufung nicht Folge leistet, angeführt. Etwa die Hälfte aller Militärtauglichen des

Jahrganges 1937 wird nun am 15. Oktober in die Kasernen einziehen, die zweite Hälfte wird erst im Frühjahr einberufen.

Wenn man viel mit jungen Österreichern zu tun hat, gewinnt man den Eindruck, dass sie dem künftigen Militärdienst zwar nicht gerade überschwänglich begeistert, aber auch durchaus nicht völlig ablehnend gegenüberstehen.

Aber noch ein zweiter Eindruck drängt sich auf: Das Militär hat seinen einstigen Schrecken verloren. Freilich weiss man noch nicht, wie sich alles in der Praxis entwickeln wird, aber es ist doch weitgehend dafür vorgesorgt, dass es keine Kasernenhofschikanen geben wird und dass man vom "Wehrmann" keinen Kadavergehorsam verlangt. Es gibt ein ausgeklügeltes System des Beschwerderechts, doch lehrt die Erfahrung der Vergangenheit, dass man sich darauf lieber nicht zu sehr verlässt. Hingegen aber dürfte sich doch der Geist gewandelt haben, der heute das österreichische Bundesheer erfüllt. In den vergangenen Jahren, vor allem aber in den letzten Monaten, hat sich in den zuständigen Körperschaften ein erbittertes Ringen um diesen Geist abgespielt, wobei die sozialistischen Exponenten in allen Fällen die Fürsprecher des Fortschritts und der Reformen waren, während sich das Lager der ÖVP in "Traditionalisten" und "Reformer" teilte. Im grossen und ganzen dürfte dabei die Vernunft gesiegt haben, aber es wäre verfrüht, hier schon ein Urteil abzugeben.

Was aber zweifellos wichtiger ist, das ist die erfreulich kurze Dienstzeit von 9 Monaten. Wehrdienstverweigerer haben 12 Monate Arbeitsdienst zu leisten und freiwillige "Spezialisten" für technische Truppen dienen 15 Monate. Ebenso wichtig ist der soziale Schutz der Wehrmänner während der Zeit des "Präsenzdienstes": Auf Grund eigener Gesetze bleiben ihre Arbeitsplätze ebenso wie die sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche erhalten, die Angehörigen bekommen, wenn sie bisher vom Wehrpflichtigen versorgt wurden, einen Familienunterhaltsbeitrag und eine Wohnungsbeihilfe und bleiben überdies krankenversichert. Schliesslich hat jeder Soldat nach Beendigung seiner Militärdienstzeit Anspruch auf vierzehn Tage Urlaub, wobei für jeden Monat Dienstzeit 60 Schilling als Urlaubszuschuss ausbezahlt werden.

Oberbefehlshaber des Bundesheeres ist der sozialistische Bundespräsident und ehemalige Habsburgergeneral Dr. Theodor Körner. Im - 5-

kommenden Jahr läuft seine Amtsperiode ab und es wird ein neues Staatsoberhaupt und damit ein neuer Oberbefehlshaber zu wählen sein. Bundesminister für Landesverteidigung ist der körperlich gewichtige Kärntner Bauernbündler Ferdinand Graf, früher Propagandareferent der ÖVP und Staatssekretär im Innenministerium. Ihm steht als Staatssekretär der junge sozialistische Militärexperte Dr. Karl Stephani zur Seite. Seit dem 17. September hat Österreich auch schon einen General, nämlich den bisherigen Sektionschef und jetzigen General der Artillerie Dipl.-Ing. Dr. Emil Liebitzky, der das Vertrauen der ÖVP besitzt. Ursprünglich waren 26 Generale vorgesehen, man wird sich aber vermutlich mit 12 bis 15 davon begnügen. Man hat für das Österreichische Bundesheer nur wenige hohe Offiziere mit Kriegserfahrung, deshalb gibt es vorläufig auch noch keine Trennung zwischen den Funktionen der ministeriellen Hochverwaltung und dem eigentlichen militärischen Kommandoapparat.

Der Aufbau einer eigenen Landesverteidigung ist auf Grund der feierlich erklärten Neutralität zwingende Notwendigkeit, aber ein Heer kostet nun einmal viel Geld. Nach ursprünglichen Berechnungen wäre für 1957 ein Betrag von 2,5 Milliarden Schilling erforderlich gewesen, was aber von den Sozialisten als völlig undiskutabel bezeichnet wurde. Selbst der ÖVP-Heeresminister Graf zweifelte daran mit folgendem geistreichen Ausspruch: "Wenn ich 2,5 Milliarden insgesamt bekomme, mache ich mit einer brennenden Kerze zu Fuß eine Wallfahrt nach Mariazell!" Inzwischen ist der im Budget veranschlagte Betrag bereits auf 1 Milliarde zusammengeschnitten und die Wallfahrt mit der brennenden Kerze erübrigt sich auf jeden Fall. Aber auch dieser Betrag ist noch umstritten, denn die Sozialisten anerkennen zwar die Notwendigkeit eines Bundesheeres, nicht aber die Notwendigkeit eines forcierten und damit allzu kostspieligen Aufbaues.

Stuttgart fasst ein "heisses Eisen" an

Die Zahl der Landesminister soll verringert werden

R.D., Stuttgart

Die Landtagsfraktionen in Baden-Württemberg werden beweisen müssen, ob ihnen eine kleine Regierung ehrliches Anliegen ist. Die Landtragsfraktion der SPD hat dieses "heisse Eisen" angefasst und in einer Initiativgesetzentwurf die Verringerung der Zahl der Minister vorgeschlagen. Der Gesetzesentwurf beinhaltet erheblichen Zündstoff, wenn er nicht abseits aller egoistischen Erwägungen und fern von koalitionsarithmetischen Bindungen vom rein Sachlichen her behandelt wird. Inzwischen hat sich schon gezeigt, dass manche Kreise den Entwurf scheuen, bei dem es endlich Farbe zu bekennen gilt. Als die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihren Entwurf im Juni vorlegte, war insbesondere die Landesregierung nicht eben begeistert. Dr. Alex Möller, der SPD-Fraktionsführer, nannte damals den Entwurf humorvoll "einen Liebesdienst" an der Regierung, die durch die Initiative der SPD "vor schweren inneren Kämpfen" verschont bleiben sollte. "Schließlich heisst es der Regierung viel zuzumuten", meinte Alex Möller, "wenn man von ihr das Zugeständnis erwarten sollte, sich selber zu verkleinern". Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller hat aber immerhin den Mut gefunden, einen Entwurf vorzulegen und die Verringerung der Zahl der Minister als "sachlich durchaus möglich" anzuerkennen.

SPD und Regierung trafen sich in dem Punkte, dass sieben Ressortministerien die Höchstzahl für Baden-Württemberg sein sollten, und beide rechnen den Ministerpräsidenten nicht mit ein. So kommen sie zur gleichen Auffassung wie Altministerpräsident Dr. Reinhold Maier anlässlich der Regierungsverhandlungen im Frühsommer in Stuttgart, dass nämlich ein Land mit sieben Millionen Einwohnern acht Minister benötige. Sowohl SPD als auch Regierung betrachteten allerdings ihre acht Minister als Höchstzahl. Ein kleineres Kabinett soll also durchaus möglich sein. Die Worte des Reinhold Maier sind aber in anderem Zusammenhang interessant. Sie sollten, wie sich später herausstellte, der FDP die verlangten zwei Minister sichern. Das Angebot der Unterhändler, eine Regierung mit nur sechs Ministern zu schaffen, scheiterte damals an der Hartnäckigkeit der FDP.

Der Unterschied der beiden Entwürfe, die nun seit Donnerstag -7-

der Landtagsausschuss zur Beratung vorliegen, liegt insbesondere in der Behandlung des Arbeitsministeriums. Während die SPD unter Einschluss des Flüchtlingsministeriums und einiger Abteilungen der Innenverwaltung ein grosses Arbeits- und Sozialministerium schaffen will, macht die Regierung den Vorschlag, Wirtschaft und Arbeit zusammenzulegen. Das ist schon in der ersten Lesung auf den klaren Widerstand der Sozialdemokraten gestossen und auch der Sprecher der CDU hat vorgezogen, in dieser Frage alles offen zu lassen. Gewerkschaften und Kriegsopferverbände wollen - und hier ist kein Kompromiss zu erwarten - das selbständige Arbeitsministerium behalten, sie wollen nicht vor dem Schalter der Wirtschaft Schlange stehen, um endlich hinter den Männern der Kammern und Verbände in Fragen des Arbeitsschutzes und der menschlichen Betreuung an letzter Stelle bedient zu werden. Das waren auch die Gründe dafür, dass die Minister der SPD dem Regierungsentwurf nicht beigetreten sind, der damit von vornherein eine schwache Basis hat. Auch der Ministerpräsident scheint etwas eilig gehandelt zu haben, denn wir erinnern uns noch mit Sympathie daran, dass er in den kritischen Tagen der Regierungsbildung die angeregte Schaffung eines Sozialministeriums billigte.

So darf im ganzen wohl vermutet werden, dass sich für die Zusammenlegung von Wirtschaft und Arbeit am Ende nur noch die FDP begeistern wird, vielleicht unterstützt von einigen Abgeordneten der CDU. Das Ministerium für Flüchtlinge und Vertriebene dagegen wird seine Selbständigkeit aufgeben müssen, aber erst nach der nächsten Regierungsbildung. Darauf hatte man sich eigentlich schon in der ersten Lesung geeinigt. Sollte aus welchen Gründen auch immer diese Neubildung der Regierung noch in der laufenden Legislaturperiode erfolgen, wird das Rätselraten des Regierungsumfanges zum ersten Male in geordneten Bahnen verlaufen.

Nur Widersprüche

FB. Alles ist offenbar vergeblich gewesen: die Beschlüsse der CDU-Fraktion, die mehrfachen Aussprachen im Kabinett und die Unterredung des Bundeskanzlers mit einigen Ministern jeweils unter vier Augen. Man hat sich gelobt, in der Öffentlichkeit keine widersprechenden Erklärungen mehr abzugeben; die Schwüre haben noch nicht einmal vier Wochen gehalten.

Die Frage ist nur, was der Staatsbürger eigentlich glauben soll, wenn sich der Kanzler und die Minister am laufenden Bande widersprechen, wie beispielsweise gestern der Bundeskanzler auf dem DGB-Kongress in Hamburg und der Bundeswirtschaftsminister auf dem Rheinischen Mittelstandstag der CDU in Köln.

Dr. Adenauer: Die Rentenreform - einschl. der Produktivitätsrente - wird in den nächsten Monaten kommen.

Prof. Erhard: Die geplante Produktivitätsrente wird eine gefährliche Mentalität erzeugen, wenn die Regierung sich dem Anschein nach damit abfindet, dass sich die künftige Entwicklung zwangsläufig in steigenden Preisen bewegen wird..

Dr. Adenauer: Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nach meiner Ansicht ein berechtigtes Verlangen der Arbeitnehmer.

Prof. Erhard: Das deutsche Volk gerät in eine Rekordsucht nach Arbeitszeitverkürzung hinein. Die Arbeitszeitverkürzung bedroht die Existenz des Mittelstandes unmittelbar.

Dr. Adenauer: Die Investment-Gesellschaften sollen allen einen Anteil am Besitz ermöglichen. Ich bin gegen eine zu grosse Ansammlung wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger Weniger.

Prof. Erhard: Der Plan Miteigentum der Arbeitnehmer an den Betrieben zu schaffen, ist eine Farce, die höchstens irgendwie welchen Funktionären eine Stellung bringt.

Man könnte die Reihe dieser Gegenüberstellung beliebig ergänzen, wenn man sich nicht auf die zwei Reden an einem Tage beschränken würde. Aber allein diese wenigen Zitate sprechen für sich und zeigen die Konfusion, die allenthalben in den Auffassungen der Bundesregierung herrscht.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau